

## **Geplante Millionensubvention der Stadt Mainz an ECE**

Zu Beginn der Verhandlungen zwischen ECE und der Stadt wurde der externe Rechts- und Strategieberater der Stadt Dr. Deutsch von der Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu einer „Verzichtssatzung“ auszuarbeiten. Sie soll zum Ziel haben, dem Investor die gesetzlich vorgeschriebene Ablösesumme für die Stellplätze (STP) zu schenken, die im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben am Standort Karstadt anfallen würde. Das Landesbaurecht und die Stellplatzverordnung sehen hier eine Zahlungsverpflichtung des Investors vor, die sich auf bis zu 9,4 Millionen Euro belaufen kann. Im Verhandlungsprotokoll v. 30.11.2012 wird vermerkt, dass ECE „nicht bereit wäre, die nach Landesbauordnung erforderlichen STP, die evtl. über die Anzahl von 400 STP hinausgehen könnten, abzulösen.“ Gründe für die Weigerung werden in keinem der Protokolle oder in Anlagen angeführt.

Die Bereitschaft zu einer versteckten Subvention wurde von OB Ebling in den Medien damit begründet, dem Investor gegenüber sei diese gesetzliche Zahlungsverpflichtung „unfair“; die Stadt habe die Zahl der Stellplätze begrenzt, obwohl ECE viel mehr bauen wollen. In einer Beschlussvorlage für den Stadtrat vom *April 2011* wird jedoch auf die Planung von ECE verwiesen: ECE möchte nur 420 STP bauen. Die Stadt erklärte sich damit in der Beschlussvorlage ausdrücklich einverstanden.

Nach Landesbaurecht und Stellplatzverordnung der Stadt Mainz ist die Zahlung eines Ablösebetrages genau für diesen Fall vorgesehen: Aufgrund einer städtischen Satzung und/oder örtlicher Gegebenheiten kann die geforderte Zahl von STP nicht gebaut werden. Dies entspricht der in den Protokollen dokumentierten Einschätzung der Verwaltung und wurde zwischenzeitlich von verschiedenen Seiten bestätigt. Bis heute wurde die Zahlungsverpflichtung auch von der Stadt nicht bestritten, wie zuletzt auch aus einer Anfrage der BI bei Finanz- und Verkehrsdezernat und aus Antworten des OB auf Schreiben der BI zu schließen ist.

Da die Einnahmen aus der Stellplatzablöse bekanntlich zweckgebunden in den Verkehrsetat einfließen, würde hier ein Schaden in Millionenhöhe entstehen - Mittel, die dringend für verkehrspolitische Aufgaben der Stadt benötigt werden. Da unumgängliche verkehrspolitische Investitionen aufgrund der über einer Milliarde Schulden der Stadt dann zu Lasten anderer städtischer Ausgaben, etwa im Sozialbereich, finanziert werden müssten, wäre bei vielen Mainzern das Verständnis für das Geschenk an ECE vermutlich sehr gering.

Auch wären diese Subventionspläne nicht gegenüber denjenigen Bürgern zu rechtfertigen, die gesetzestreu die STP-Ablöse gezahlt haben. Diese Menschen haben damit u.a. Erstellung und Unterhalt der Parkraumreserven in den umliegenden Parkhäusern sowie die ÖPNV-Erschließung mit finanziert, die für eine ECE-Mall benötigt würden. Sie haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung.

**Die Stadt hat trotz anhaltender öffentlicher Diskussion bis heute nicht von ihren Plänen Abstand genommen. Nicht nur die ADD / Kommunalaufsicht wird sich ggf. mit diesem Vorhaben befassen müssen, es ist zudem damit zu rechnen, dass die vorgesehene wettbewerbsverzerrende Subvention an ein Großunternehmen - wie schon einmal - die EU-Kommission auf den Plan ruft, und diese wiederum die Stadt Mainz nach dem EU-Wettbewerbsrecht zur Rückforderung der Subvention verurteilen könnte. Seinerzeit belief sich die Höhe der Subvention nur auf ein Viertel dessen, was jetzt geplant ist.**

**Die Millionensubvention könnte bis zu einem Drittel des neu verabschiedeten Verkehrsetats im Doppelhaushalt 2015/16 entsprechen. Eine Zustimmung durch den neuen Stadtrat wäre aus unserer Sicht ein verheerendes Signal für die Mainzer Bürgerschaft und hätte vermutlich gravierende juristische Folgen.**